

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat D. Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertreter des Vorsitzenden der CDU
und Bundesminister Dr. Robert TILLMANN, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

2. Jahrgang - Nummer 11

Bonn - im November 1954

Zuletzt, meine Brüder, seid stark in dem
Herrn und in der Macht seiner Stärke.

Eph. 6,10

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, am 29. Oktober unseren verehrten, lieben Vorsitzenden

Bundestagspräsident Oberkirchenrat

D. DR. HERMANN EHLERS

nach kurzem schweren Leiden aus dieser Zeit in die Ewigkeit abzu-
berufen. Er darf nun schauen, was er geglaubt hat.

Für uns bedeutet sein Hinscheiden einen Verlust, dessen Schwere
uns vorläufig unfaßbar ist. Wir wissen, daß wir unserem lieben
Verstorbenen unsere Treue dadurch am besten beweisen, daß wir in
seinem Geiste weiter für unser Volk und Vaterland wirken.

Evangelischer Arbeitskreis
der CDU/CSU Deutschlands

I N H A L T

IN MEMORIAM HERMANN EHLERS!	S. 2
VERMÄCHTNIS UND AUFGABE	S. 5
NACH DER PARISER KONFERENZ	S. 6
EVANGELISCHE VERANTWORTUNG AUCH IN HESSEN	S. 9
DAS NOTWENDIGE GESPRÄCH	S. 12
UNS WIRD GESCHRIEBEN	S. 14

IN MEMORIAM HERMANN EHLERS

von Propst D. Hans Asmussen DD

Es hat lange gedauert, bis ich heraus hatte, welchen Vornamen Hermann Ehlers wirklich besaß. Für mich war er "Männe Ehlers". So sprachen wir von ihm, wenn er nicht dabei, und häufig genug auch, wenn er dabei war. Dieser Spitzname stammte offenbar aus dem Kreise der Freunde, die er in den SBK (Schülerbibelkreisen) hatte. Es ist zwischen uns nie zu dem freundschaftlichen "Du" gekommen. Trotzdem haben weder er noch ich empfunden, daß es ungewöhnlich war, wenn ich und andere in seiner Gegenwart von "Männe Ehlers" sprachen. Wir sind eben, auch in Zivil, wirklich Kameraden gewesen, deren Kameradschaft sich tausendfach bewährte. Darum sprachen wir miteinander und voneinander, wie die Jungen im Schützengraben es tun.

Wenn ich jener Zeiten gedenke, dann muß ich auch eines anderen Freundes Erwähnung tun, der für meine Erinnerung unlöslich mit Hermann Ehlers zusammengehört. Es ist dies der Dahlemer Pfarrer Fritz Müller, der als Soldat auf eine dunkle Weise ums Leben kam. Fritz Müller hatte eine ganz große juristische Begabung, so daß er auch von Reichsgerichtsrat Flohr und dem Theologieprofessor von Soden (der ebenfalls über eine hervorragende juristische Begabung verfügte) als Kapazität auf diesem Gebiete anerkannt wurde. Was Wunder, daß man Hermann Ehlers und Fritz Müller sehr häufig zusammen sah?! Denn es gab jeden Tag neue juristische Entscheidungen zu treffen. Fritz Müller war das Gegenstück zu Hermann Ehlers. Er sprach langsam und bedächtig und eigentlich wenig. Hermann Ehlers sprach schnell und hatte viele wirkungsvolle Pointen. Seit er Bundestagspräsident wurde, weiß das ja die ganze Welt.

Ich kann mich nicht erinnern, daß ich Hermann Ehlers früher bei anderen Gelegen-

heiten als bei Sitzungen habe zusammenhängend sprechen hören. Was er sagte, war knapp und sachlich, ohne jegliches Pathos, aber so, daß man zuhören konnte. Wenn ich ihn später über den Rundfunk reden hörte, fand ich, daß er betonter und deutlicher "christlich" sprach als damals, da wir uns in den Bruderräten und bei Synoden oft begegneten. Das ist erklärlich; denn Sitzung oder Synode geben nicht so viel Gelegenheit zu einem christlichen Zeugnis wie eine öffentliche Rede. Damals bot er dem kirchlichen Amte Hilfestellung. Als Politiker war er der Mann eines selbständigen Amtes. Und als solcher hat er das christliche Zeugnis nicht zurückgehalten.

Es war aber nicht nur die Bekenkende Kirche, die ihn prägte, ehe er die weltbekannte politische Gestalt wurde, als die er in den Tod ging. Bevor er bei der Bekennenden Kirche mitarbeitete, hatte er sich schon kräftig für die kirchliche Jugendarbeit in den Schülerbibelkreisen eingesetzt. Als ich ihn kennenlernte, merkte ich das an seinem stets kometenhaften Auftauchen. Zunächst wußte ich dafür keine Erklärung: er war mit einem Male da und ebenso schnell wieder fort. Wäre das nur tagsüber so gewesen, dann hätte es sich mit seinem Beruf als Assessor erklären lassen. Aber auch bei abendlichen Beratungen war es eigentlich nicht anders. Die Erklärung lag darin, daß hier oder dort in Berlin ein Bibelkreis auf ihn wartete, den er betreute.

Diese Liebe zur kirchlichen Jugendarbeit hat ihn nie verlassen. Es versteht sich, daß er sich als Politiker und unter veränderten Verhältnissen nicht auf den "Verein" beschränkte. Dann wäre er ja nichts anderes gewesen als der "Alte Herr" irgendeiner Verbindung. Das war er auch. Er war, ebenso wie sein Freund Fritz Müller, stolz darauf, alter VDST-ler zu sein. Aber sein Verhältnis zur Jugendarbeit war anders. In der kirchlichen Jugendarbeit sah er bis zuletzt einen Teil des ihm durch seinen christlichen Glauben aufgetragenen Dienstes. An seinem Sarge sollte sich deshalb die christliche Jugend erinnern, daß sie einen großen und einflußreichen Freund verloren hat.

Die kirchliche Entwicklung seit 1945 hat ihm - und nicht nur ihm - viele Schmerzen bereitet. Ich sehe uns beide noch an einem sonnigen Sommermorgen in aller Frühe in einem Polizeiauto auf der Fahrt zum Alexanderplatz. Den Anlaß im einzelnen habe ich vergessen. Damals war alles einfach. Die Fronten waren klar. Und obschon unsere nächste und weitere Zukunft ganz ungewiß war, fuhren wir doch fast heiter zur Vernehmung und in die Haft. Aber nach 1945 wurden die Dinge reich an Verwicklungen und schmerzhaft in den Tiefen, wo man liebhat und wo man Opfer bringt. Hermann Ehlers und ich gehörten zum sogenannten radikalen Flügel der Bekennenden Kirche. Wir haben uns beide von den alten Freunden lösen müssen. Das war schwerer als der Kampf gegen die Geheime Staatspolizei. Trotz aller Erfolge auf politischem Gebiet hat dieser Schmerz die letzten

Jahre von Hermann Ehlers überschattet.

Doch was eigentlich ist das Große an Hermann Ehlers, soweit er der Öffentlichkeit gehört? Seine Kollegen im Bundestag werden viele Gaben und Tugenden an ihm entdeckt haben, die ich zu entdecken gar nicht mehr die Möglichkeit hatte. Von dem allen haben die Zeitungen berichtet. Es scheint mir aber entscheidend zu sein, daß in Hermann Ehlers ein Christ Politiker war, und daß in seinem politischen Handeln sein christlicher Glaube für ihn bewußt oberste Maxime blieb. Es hat viele bewußte Christen als Politiker gegeben. Daß jedoch jemand Politiker wird, weil er Christ ist, ist etwas Neues. Natürlich hat auch das seine Vorgeschichte, von Wichern her über Stöcker. Und doch hat es erst seit 1945 Form gewonnen.

Gewiß, es ist immer schwer, die Gegenwart zu deuten. Aber einiges läßt sich doch sagen: Der Öffentlichkeitswille der Kirche, wie er sich seit 1945 geltend gemacht hat, ist neu. Die Kirche will, daß Politik in christlicher und kirchlicher Verantwortung getrieben wird. Aber sie will keine kirchliche Politik. Hermann Ehlers war Oberkirchenrat. Doch in seinem politischen Tun hatte er keine kirchliche Stelle, die ihn offen oder geheim beauftragte. Wenn ein Vorwurf Hermann Ehlers nicht trifft, dann der, daß er ein klerikaler Politiker gewesen wäre. So etwas auch nur zu mutmaßen, wäre lächerlich. Wenn Bismarck zu Recht gesagt haben sollte, er habe an dem Politiker Stöcker auszusetzen, daß er Kirchenmann sei, so könnte ähnliches von Hermann Ehlers nicht gesagt werden. Umgekehrt aber hat Hermann Ehlers nie aufgehört, als Politiker Kirchenmann zu sein. Er hat es auch nie geleugnet oder zu verbergen gesucht. Hier ist also ein neuer Weg beschritten.

Daß Hermann Ehlers als Politiker neue Wege gegangen ist, erkennt man auch daran, daß er zu den führenden Politikern unserer Tage gehörte, welche die politische Zusammenarbeit der beiden großen Konfessionen in Deutschland nicht nur befürworteten, sondern in die Tat umsetzten. Was für ein Wagnis dies für Hermann Ehlers und alle seine Weggenossen war und ist, haben erst die Jahre seit 1950 gezeigt. Denn wir haben seither gesehen, daß die Politiker weiter sind als die Kirchen. Vielleicht muß es so sein. Das kann hier nicht untersucht werden. Um so größer aber ist der Mut von Männern wie Hermann Ehlers, der sich nicht schrecken ließ. Hermann Ehlers hat uns allen damit ein teures Vermächtnis hinterlassen.

Er war ein bedeutender Politiker. Er war ein großer Kirchenmann. Er war ein Christ.

VERMÄCHTNIS UND AUFGABE

von Oberkirchenrat Adolf Cillien
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Tausendfältig und mit immer neuen Worten ist in diesen Tagen ausgesprochen worden, was Bundestagspräsident D.Dr. Hermann Ehlers für die deutsche Nation bedeutet hat. Das war nur möglich auf Grund der Vielseitigkeit seines Wesens, seiner Begabung, seiner Arbeit und seiner Leistung. Was wir insbesondere innerhalb der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und in ihr im Evangelischen Arbeitskreis verloren haben, vermögen wir erschöpfend nicht zu sagen. Und es war nicht vermessen von uns, wenn wir von ihm noch sehr viel und Großes, Klärendes und Befruchtendes erwarteten.

Als er zum letzten Male am 22. Oktober im Bundestag präsidierte, hat er in bewegenden und bewegten Worten derer gedacht, die noch nicht heimkehren durften. Wir wissen aber - und das ist immer wieder deutlich geworden - , daß er auch etwas wußte von einer Heimkehr in Gottes Ewigkeit.

Er ist in der dunkelsten Zeit deutscher Geschichte in das öffentliche Leben, in die Politik eingetreten - in einer Zeit, als in dem Chaos die meisten ihre Arme mutlos sinken ließen, alle Hoffnung dahingaben und manche aus dem Leben flüchteten. In jenen Tagen bewies er seinen fröhlichen und tapferen Glauben. Er hielt es mit D. Martin Luther, der gesagt hat: "Und wenn ich auch wüßte, daß morgen die Welt unterginge, so würde ich doch heute mein Apfelbäumlein pflanzen." Getrost und unverzagt hat er damals mitangefaßt. Er hat vieles gesät und hat vieles gepflanzt; und es wird unsere Aufgabe sein, das zu hegen und zu pflegen, was er uns anvertraut hat.

Zweierlei ist bestimmend in seinem Leben gewesen: Einmal seine Liebe zu Volk und Vaterland. Er wußte davon zu sprechen, und er hat sie bewährt. Durch ihn wurde deutlich, daß alle Arbeit und aller Erfolg für unser Volk uns einen bleibenden Gewinn nicht bringen werden, wenn es uns nicht gelingt, ganz schlicht und einfach wieder von der Liebe zu Volk und Vaterland zu reden und sie zur Tat werden zu lassen.

Das andere aber war seine Liebe zu Gott und Seinem Wort. Nur aus diesem Glauben war es ihm möglich, auch durch all die Widerwärtigkeiten und Verdrießlichkeiten eines politischen Lebens hindurchzugehen und nicht mutlos zu werden unter aller Undankbarkeit, die gerade in dieser Arbeit erwächst, sondern tapfer zu bleiben, auch wenn so viele verzagten und versagten.

Er hat oft gesprochen, er hat viel gesprochen, und vieles davon ist uns erhalten geblieben. Es wird unsere Aufgabe sein, immer wieder hinzuhören auf das, was dieser Mann, der beides in einem war: Mann und Christ, uns auch in Zu-

kunft zu sagen hat. Wir wissen nicht um den Weg des deutschen Volkes. Aber wir wissen um die Schwierigkeit allen politischen Handelns, wir wissen, welches großes Wagnis es immer wieder ist, Entscheidendes für unser Volk zu tun. Häufig wird das nicht erkannt und nicht beachtet. Man kann in dieser chaotischen Zeit eigentlich nur dann noch im politischen Leben stehen, wenn man weiß: "Gott sitzt im Regimente". Und trotz aller Not und allen Leides in der Welt, in unserem Volke und im persönlichen Leben jedes einzelnen wagen wir es, wenn auch zagend, die zweite Zeile hinzuzufügen: "und führet alles wohl."

Ansprache anläßlich der kirchlichen Trauerfeier für den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Oberkirchenrat D.Dr. Hermann Ehlers, am 3. November 1954 in der Lambertikirche zu Oldenburg.

NACH DER PARISER KONFERENZ

von Werner v. Lojewski

Mit dem Abschluß der Pariser Verträge beginnt ein neuer Abschnitt der Nachkriegsgeschichte. Die Sowjetunion unternimmt alle Anstrengungen, um das Inkrafttreten dieser Verträge in letzter Stunde zu verhindern. Denn sobald sie wirksam werden, vollendet sich der grundlegende Wandel des Weltbildes, an dem jahrelang trotz mancher Rückschläge unbeirrbar gearbeitet worden ist. Die Front des Westens ist dann auch in Europa geschlossen, und der freie Teil Deutschlands in diese Front eingegliedert. Solche Perspektive muß man vor Augen haben, wenn man das Pariser Vertragswerk beurteilt. Man muß aber auch berücksichtigen, daß der gegenwärtige Zustand des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik wesentlich eine Vorleistung der Westmächte darstellt. Seit Jahren haben sie sich in der Praxis nicht wie Besatzungsmächte, sondern wie Verbündete verhalten. Das deutsche Volk hat sich an diesen Zustand gewöhnt und empfindet ihn längst als selbstverständlich. Doch diese Haltung der Westmächte beruhte auf der sicheren Erwartung, daß eines Tages die Eingliederung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker erfolgen werde. Durch die Ratifizierung des EVG- und des Deutschland-Vertrages hat die Bundesrepublik seinerzeit ihre Bereitschaft zu dieser Eingliederung bekundet. Wer jetzt das Vertragswerk von Paris zum Scheitern bringen will, muß sich deshalb im klaren sein, welches Maß an Verantwortung er auf sich nimmt. Vor allem muß gesehen werden, daß dieses Vertragswerk eine Einheit bildet. Man mag es als noch so unbequem empfinden, daß Frankreich die Saarfrage damit verkoppelt hat. Aber man kann dieser Tatsache nicht ausweichen. Das Verhalten Frankreichs bietet keine Möglichkeit, die Bundesrepublik in den freien Westen einzugliedern, bevor nicht Einverständnis über eine Saarregelung erzielt ist. Wer die in Paris vereinbarte Saarregelung ablehnt, setzt infolgedessen das gesamte Pariser Vertragswerk aufs Spiel. Man kann sich wohl überlegen, ob durch neue Verhandlungen gewisse Punkte, die manchen nicht klar genug erscheinen, noch geklärt werden können. Man muß jedoch auch die Grenzen eines solchen Unternehmens erkennen. Sie sind durch die Frage gezogen, wie weit der französische Ministerpräsident Mendès-France überhaupt noch gehen will und kann, ohne die jetzt sichere Mehrheit für die Ratifizierung in der französischen Nationalversammlung zu gefährden.

Ein Scheitern der Pariser Verträge - noch dazu durch deutsche Schuld - würde einen tiefgehenden Bruch der bisherigen Politik bedeuten. Der FDP ist damit die Frage gestellt, ob sie einen solchen Bruch auf ihre Verantwortung nehmen will, nachdem sie diese Politik fünf Jahre lang mit getragen hat. Käme das Vertragswerk tatsächlich zum Scheitern, würde die Bundesrepublik juristisch auf das Besatzungsstatut zurückgeworfen werden. Stimmungsmäßig würde überall eine große Enttäuschung über Deutschland Platz greifen. Die Gegner Deutschlands würden die Oberhand gewinnen. Man würde behaupten, die Entwicklung in Deutschland beginne rückläufig zu werden, wieder nach jenen radikalen Ausgangspunkten hin, an denen sich schon einmal weltweites Unheil zusammengebraut hat. Politisch müßten wir in Kauf nehmen, daß die in London und Paris übernommenen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, sich an der Verteidigung des europäischen Festlandes zu beteiligen, hinfällig würden. Die beiden großen Westmächte würden den Kontinent alleinlassen, der damit dem Sog aus dem Osten ausgesetzt wäre. Auch der gute Ansatz zu einer deutsch-französischen Annäherung würde verlorengehen. Es würde wieder die Gefahr bestehen, daß sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nach der negativen Seite hin entwickelt.

Gewiß kann man den Standpunkt einnehmen, daß die Westmächte angesichts der weltpolitischen Situation die Entwicklung in Deutschland nicht auf den Nullpunkt zurückschrauben könnten. Aber sie würden uns sicher nicht mehr als einen zuverlässigen Partner ansehen, dem man volles Vertrauen schenken kann, und die entsprechenden Folgerungen ziehen. Wir würden dann bestimmt nicht mehr alles das erreichen, was durch die Pariser Verträge erreicht worden ist. Und das ist: Ende der Besatzungszeit, volle Souveränität, Eingliederung der Bundesrepublik in den freien Westen, insbesondere in seine Verteidigungsgemeinschaft, und Verpflichtung der Westmächte zu einer gemeinsamen Politik mit der Bundesregierung, deren Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit sein soll. Man muß sich ergreifen lassen von der Tatsache, daß hier eine völlige Umkehr der weltpolitischen Situation Deutschlands stattfindet. Wir befinden uns damit in einer Front mit den mächtigen Staaten des Westens, gegen die wir zwei Kriege geführt und verloren haben. Die Verträge von Paris verhindern, daß die Völker Europas noch einmal gegeneinander Krieg führen. Für Deutschland und Frankreich, die "Erbfeinde", deren spannungsreiches Verhältnis jahrhundertlang die Geschichte Europas mit bewegt hat, öffnet sich der Weg zu echter Annäherung. Diese Zeitwende hat eine Parallele nur und in etwa in der Wandlung des weltpolitischen Bildes zu Beginn unseres Jahrhunderts, als die Entente cordiale zwischen Rußland, England und Frankreich zustande kam, auf deren Unmöglichkeit die Berliner Wilhelmstrasse ihre ganze Politik aufgebaut hatte. Es ist kennzeichnend, daß die ausländische - auch die französische - Presse diesem Hauptergebnis der Pariser Konferenz ihre größte Aufmerksamkeit widmet, während es in der deutschen Presse durchweg von der Saarfrage in den Hintergrund gedrängt wird.

Zu unserem Leidwesen ist das Saarproblem nicht mit der Feststellung gelöst, daß die Saar deutsches Gebiet ist. In Frankreich hat man die Saar stets als eine Frucht des Krieges betrachtet, bei dessen Ende sich Frankreich auf der Seite der Sieger befand. Darüber hinaus haben sich die beiden angelsächsischen Mächte nach dem deutschen Zusammenbruch wiederholt damit einverstanden erklärt, daß Frankreich seine Hand auf das Saargebiet legte. Insoweit fühlen sie sich seitdem offenbar Frankreich gegenüber im Wort und waren bisher auf eine Unterstützung des deutschen Standpunktes schwer ansprechbar. Das hat auch Dr. Dehler, der es noch immer nicht glauben mochte, auf der Pariser Konferenz feststellen müssen. Realistisch betrachtet, ergibt sich daraus folgender Tatbestand: Die Bundesregierung und die gesamte deutsche Öffentlichkeit bestehen darauf, daß die Saar deutsch ist; und man wird deutscherseits von diesem Standpunkt niemals abweichen können. Zur Zeit besitzen wir die Saar jedoch nicht; und es gibt angesichts der französischen Haltung keine Möglichkeit, sie zurückzuerhalten - es sei denn, man wollte zur Gewalt greifen.

Andererseits sind die Zustände an der Saar für unsere Begriffe seit langem untragbar. Das haben sämtliche Parteien im Bundestag wiederholt mit äußerstem Nachdruck unterstrichen. Also muß jede Regelung begrüßt werden, welche die Verhältnisse im Saargebiet bessert; und das geschieht durch das in Paris in Aussicht genommene Statut. Dieses Statut stellt die Menschenrechte wieder her, d.h. es müssen alle Parteien zugelassen werden. Außerdem wird das französische Wirtschaftsmonopol gebrochen. Die bisherige enge Verflechtung der Saarländischen Wirtschaft mit Frankreich soll zugunsten einer stetigen Entwicklung der deutsch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen nach und nach ausbalanciert werden. Gegenüber dem Verlangen, die Saar als deutsches Land zurückzugliedern, ist das nicht viel. Im Hinblick darauf aber, daß - auch nach Auffassung der Sozialdemokratie - eine Rückgliederung unter den gegenwärtigen Umständen nicht erreicht werden kann, bedeutet das Statut einen beträchtlichen Schritt nach vorn. Über aller Kritik wird weiterhin nicht erkannt, daß die angelsächsischen Mächte sich nicht - wie es noch im Naters-Plan vorgesehen war und von Frankreich bis zuletzt gefordert wurde - verpflichtet haben, für die Übernahme der jetzigen Regelung in einen Friedensvertrag einzutreten. Hier liegt eines der Zugeständnisse, die Mendès-France gemacht hat und von denen man auch reden muß, wenn man die Saarfrage einer kritischen Betrachtung unterzieht. Es ist ein entscheidendes Zugeständnis, denn es zeigt eindeutig das provisorische Moment der Saarlösung. Zu den gegenteiligen Behauptungen, mit dem Saarstatut werde die endgültige Abtrennung der Saar eingeleitet, ist zu sagen: Das Statut enthält darüber kein Wort. Das Provisorische tritt überall in Erscheinung. Die Regelung der Grenzfrage bleibt einem Friedensvertrag vorbehalten. Die Saarbevölkerung soll dann selbst über ihr Schicksal entscheiden. Wenn sie so deutsch ist, denkt und fühlt, wie dies jedermann als selbstverständlich empfindet, braucht niemand zu fürchten, daß sie sich im deutschen Sinne nicht richtig verhalten wird.

Es ist bemerkenswert, daß eine Reihe der großen unabhängigen Zeitungen in der Bundesrepublik, die sonst weitgehend mit der Sozialdemokratie übereinstimmen, in diesem Fall die Politik des Bundeskanzlers voll und ganz unterstützt. Diese Zeitungen vernachlässigen bei ihrem Urteil nicht den großen Zusammenhang, den die SPD beiseiteschiebt - zumal sie allem Anschein nach die Saarfrage zum Gegenstand einer innerpolitischen Auseinandersetzung erster Ordnung machen will. Offensichtlich wird sie dabei von der Erwägung geleitet, daß ihre Politik sich vor einer völlig neuen Lage sieht, sobald die Verträge in Kraft treten. Sie steht dann nämlich vor der Entscheidung, ob sie sich - nachdem sie die Verträge abgelehnt hat - in Frontstellung gegen die neue deutsche Armee begeben oder einen von innerpolitischen Auseinandersetzungen unberührten Aufbau dieser Armee mit sichern will. Sie steht ferner vor der Tatsache, daß die Regierungen des Westens einschließlich der Bundesregierung nach der Einigung des freien Europas zu einem neuerlichen Gespräch mit der Sowjetunion über die deutsche Frage bereit sind. Die SPD wird damit wieder genau an dem Punkte angelangt sein, an dem ihr letzter Parteitag stehen geblieben ist, indem er der Entscheidung auswich und sie einem außerordentlichen Parteitag vorbehielt (s. "Evangelische Verantwortung" Nr. 8/9, 1954, S. 24/25 - Die Red.). In der Zwischenzeit scheint sie ihre Opposition mit jedem Mittel führen zu wollen. Einige ihrer Sprecher sind bereits so weit gegangen, dem Bundeskanzler zu unterstellen: er habe sich gegen das Strafgesetzbuch vergangen, weil er deutsches Land "preisgegeben" habe. Dr. Adenauer habe - so erklärten sie - "das Saargebiet gegen Soldaten verschachert". Das sind die Methoden, mit denen vor 1933 die Demokratie in der Weimarer Republik sich selbst zerfleischt hat, bis sie so ohnmächtig war, daß sie eine Beute ihrer Feinde wurde. Diese Entwicklung der innerpolitischen Auseinandersetzung muß mit tiefer Sorge erfüllen. Die SPD läßt sich in ihrer Opposition gegen die Regierung zu der Behauptung hinreißen: durch das Saarstatut sei ein "Definitivum" geschaffen, d.h. die Abtrennung des Saargebietes eigentlich schon besiegelt. Damit gibt die SPD allen denen, die eine solche Abtrennung lieber heute als morgen verwirklichen möchten, eine böse Waffe in die Hand, und sie schwächt den Standpunkt der Bundesregierung, daß eben kein

Definitivum geschaffen worden ist. Es ist von erschütternder Tragik, daß nicht einmal in Lebensfragen der Nation eine gemeinsame Linie von Regierung und Opposition erreicht werden kann.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG AUCH IN HESSEN

Ein Wort zur Landtagswahl am 28. November

von Landrat Walter Jansen - MdL

Das Land Hessen zählte nach der letzten amtlichen Personenstandsaufnahme vom 31. Dezember 1953 rund 4,3 Millionen Einwohner, darunter knapp 2,62 Millionen = 61 % Evangelische. Auf die Zahl der insgesamt rund 3 Millionen Wahlberechtigten übertragen, ergeben sich somit etwa 2 Millionen evangelische Wahlberechtigte für die am 28. November stattfindende hessische Landtagswahl.

Diese Tatsache verpflichtet uns zu einer ernsten Überprüfung der Situation im evangelischen Raum unseres Landes, um so mehr, als Hessen das einzige Land der Bundesrepublik mit einer Einparteienregierung ist, die in diesem Falle von einer absoluten SPD-Mehrheit getragen wird.

Die vier zurückliegenden Jahre haben gerade bei der den Ländern nahezu als einzige selbständige große Aufgabe verbliebenen Kulturpolitik zahlreiche Wünsche offen gelassen und darüber hinaus erneut bewiesen, daß eine von einer SPD-Mehrheit getragene Kulturpolitik auch heute noch wegen des religiösen Neutralitätsstandpunktes marxistischer Prägung nicht unseren Auffassungen von christlicher Kulturpolitik entsprechen kann.

Schon deshalb ergeht der Ruf an alle, die es ernst nehmen mit einer christlichen Erziehung unserer Jugend und demzufolge auch mit der christlichen Schule - die ihrerseits wieder eine christliche Lehrerbildung voraussetzt. Und daraus ergibt sich insbesondere eine erhöhte Verantwortung der evangelischen Wähler, deren politische Willensäußerung bei der hessischen Landtagswahl von entscheidender Bedeutung sein wird.

In den Politischen Briefen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist schon viel Grundsätzliches über die evangelische Verantwortung in der Politik geschrieben worden. Heute wollen wir uns bewußt auf einige wenige Gedanken zu der bevorstehenden Landtagswahl beschränken, die auch über Hessen hinaus ihre Bedeutung haben:

Zunächst müssen wir immer wieder feststellen, daß zahlreiche ehrlich ringende, im Gewissen gebundene evangelische Christen auch heute noch meinen, die CDU

sei eine mehr oder weniger katholische Partei, ja, im Grunde genommen die Nachfolgerin des früheren Zentrums. Allein die Tatsache, daß es das Zentrum als politische Partei bis heute - neben der CDU - gibt, beweist jedoch, daß diese Auffassung falsch ist. Bei näherem Hinsehen erweist sich dann, daß solche Kritiker zumeist recht schlecht darüber unterrichtet sind, daß viele maßgebliche CDU-Politiker ihre politische Verantwortung als bewußte evangelische Christen wahrnehmen. Solche Unkenntnis macht es unseren politischen Gegnern nur allzu leicht, die Konfessionsfrage und Kulturkampfpaparen in den Vordergrund zu rücken. Es sei deshalb in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß - um nur ein Beispiel aus Hessen zu nennen - der Geschäftsführende Landesvorstand der hessischen CDU aus vier evangelischen und drei katholischen Mitgliedern besteht, und daß wir bei unserer gesamten politischen Arbeit darauf bedacht sind, über die von unserem verehrten, allzu früh abberufenen D.Dr. Ehlers immer wieder mit Recht geforderte "Parität der gegenseitigen Achtung" hinaus auch eine weitgehende zahlenmäßige Parität der Konfessionen zu wahren. Wir sind gegründet und wollen wirken als eine politische Partei, die - ohne die Glaubensunterschiede übersehen oder gar verwischen zu wollen - angesichts der von außen und von innen drohenden Gefahren für das Christentum schlechthin die Christen beider Konfessionen zu gemeinsamer, fruchtbarer Arbeit im politischen Raum zusammenschließt, um dadurch einer christlichen Gestaltung unseres politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens, die zu einem großen Teil verlorengegangen ist, neu zum Durchbruch zu verhelfen.

Da hilft es nichts, auf die "andere Seite" ob ihrer Aktivität zu schimpfen. Da genügt es nicht, uninteressiert danebenzustehen und zuzusehen, wie einige sich mühen und sorgen. Da reicht es auch nicht aus, sich bei seiner Mitarbeit auf den kirchlichen Raum zu beschränken. Da heißt es: selbst aktiv werden, im politischen Leben mitarbeiten und dafür sorgen, daß den Kirchen und dem religiösen Leben a l l e Möglichkeiten eines segensreichen Wirkens um des Glaubens und der Menschheit willen gegeben werden.

Diese Möglichkeiten ergeben sich nicht aus falsch verstandener Toleranz oder Neutralität. Hier gibt es nur ein Ja oder Nein: "Wer nicht für mich ist, der ist wider mich."

Wenn wir z.B. an die Schulfrage denken, so wissen wir, daß es in Hessen in den kommenden vier Jahren keinen Kampf um die Konfessionsschule geben wird. Wir wünschen eine christlich bestimmte Schule - die keinesfalls damit gegeben ist, daß zweimal wöchentlich Religionsunterricht als Pflichtfach erteilt wird. Wir verlangen eine Lehrerbildung, die den heute schon erheblichen Teil von Lehrern, die keiner christlichen Kirche angehören, reduziert, weil ohne christliche Lehrer eine christliche Schule - auch eine "Christliche Gemeinschaftsschule"! -

nicht denkbar ist. Wir treten ein für die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes der Eltern in der Schule, und wir sollten wissen, daß diese Forderung auch von unserer Evangelischen Kirche erhoben wird. Wir erinnern hier nur an die ernstesten Worte von Bischof D.Dr. Dibelius, der mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit die Grenzen dargestellt hat, an denen das Recht des Staates auch in der Schule endet: an dem Recht G o t t e s und der Ihm für ihre Kinder verantwortlichen Eltern.

Darum sind wir evangelischen Eltern nicht zufrieden mit der farblosen "Gemeinschaftsschule" unserer hessischen Verfassung. Darum sind wir in Hessen wie in Niedersachsen oder in anderen Ländern der Bundesrepublik Gegner einer Staatsschule, die das Recht der Eltern nicht respektiert.

Wir sind auch nicht zufrieden mit der gegenwärtigen hessischen Gesetzesregelung für die Sonn- und Feiertage. Wir wollen den Schutz der Sonn- und Feiertagsheiligung nicht nur, um einen ungestörten Kirchenbesuch zu gewährleisten, sondern wir fordern ihn als einen - wie auf der diesjährigen Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Wuppertal erklärt worden ist - "entscheidenden Schutz des gesamten Volkes gegen den Verfall an eine Verweltlichung, in der schließlich alles Heilige, Unantastbare, Seelische und die eigentliche Menschlichkeit des Menschen untergehen müßten" (s. "Evangelische Verantwortung" Nr. 6/7, 1954, S.8 - Die Red.).

Wir erkennen, daß der Weg unseres Volkes nach dem totalen Zusammenbruch, der wirtschaftlich unerwartet schnell wieder aufwärts führte, in seiner inneren Fundierung Anlaß zu großer Besorgnis gibt: Mehr und mehr tritt eine Ich-Betontheit an die Stelle des Denkens an und für die Gemeinschaft. Mehr und mehr werden einziger Bewertungsmaßstab unsres Lebens Mark und Pfennig. Mehr und mehr wird auf Rechte gepocht, ohne daß man sich der mit Rechten unabdingbar verbundenen Pflichten bewußt ist. Diese Erscheinungen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wohin wir treiben; sie zeigen, daß jene bitteren Erfahrungen, die wir in der jüngsten Vergangenheit machen mußten (in der Menschen zu Bestien wurden und die Grundfesten Europas ins Wanken gerieten), vielfach ebenso wenig zur Besinnung und inneren Rückkehr geführt haben, wie die Erfahrungen, die wir auch heute noch Tag für Tag da sammeln können, wo Menschen, Volk und Staat sich nicht mehr an Gottes Wort gebunden wissen wollen. So gewiß es ist, daß diese Umkehr letztlich nur vom Glauben her bewirkt werden kann, so notwendig ist es dennoch, daß sie auch im gesamtpolitischen Raum einsetzen und vorangetrieben werden muß.

die Verantwortung gerufen um unseres Glaubens willen. Diese Erkenntnis in immer weitere Kreise zu tragen, ist das Anliegen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU - auch in Hessen.

DAS NOTWENDIGE GESPRÄCH

von Regierungsdirektor Hellmut Lauffs

"Ins Gespräch kommen" und "im Gespräch bleiben" sind nicht nur unverbindliche, abgegriffene Redensarten aus dem Sprachschatz einer bestimmten theologischen Gruppe der Bekennenden Kirche. Hier handelt es sich auch nicht nur um ein spezifisch evangelisches "Anliegen", sondern in der Tat um eine charakteristische Lebensäußerung jeder christlichen Existenz - ohne Rücksicht auf ein bestimmtes Bekenntnis. Solches Gespräch ist besonders dann vonnöten, wenn sich die Christen in ungewohnten, weithin noch ungeklärten und darum schwer zu meisternden Lagen befinden, und wenn sie vor großen Aufgaben stehen, die sie in ihrer Zielsetzung gefühlsmäßig bejahen, die aber einleuchtend und für alle überzeugend zu begründen ihnen persönlich kaum möglich ist und zu deren Verwirklichung sich mannigfache, ebenso unterschiedliche wie jeweils recht problematische Wege anbieten.

Eine derartige schwierige Situation ist weithin charakteristisch für viele Christen, die sich heute in Deutschland in eine politische Verantwortung gerufen wissen - nicht nur für evangelische Christen im politischen Aufbruch, die sich langsam und vielfach gehemmt in den politischen Raum hineintasten, sondern auch für viele erfahrene Katholiken, die trotz der umfassend entfalteten Staats- und Gesellschaftslehre ihrer Kirche und trotz einer weitaus älteren politischen Überlieferung aufs Ganze gesehen keineswegs so selbstsicher in ihrer Sicht der Dinge und so einheitlich in ihren Entscheidungen sind, wie die Legende es darzustellen beliebt. Das gilt erst recht für das politische Bündnis, das katholische Christen mit weitreichenden und gleichwohl begrenzten Zielen in der CDU/CSU geschlossen haben, das wir als Gabe und Aufgabe dankbar und freudig bejahen, das aber nur sehr Naive als ein natürliches Politikum ansehen können (welches sich für Christen eigentlich von selbst verstehe), während in Wahrheit um seine Verwirklichung, Erhaltung und Vertiefung ständig gerungen werden muß. Dies sollte nüchtern erkannt und darüber ebenso offen wie vertrauensvoll gesprochen werden.

Die Problematik politischer Zusammenarbeit bewußt evangelischer Christen mit praktizierenden Katholiken wird am wenigsten sichtbar in der praktischen Tätig-

keit auf den verschiedenen politischen Ebenen. Erstaunlicherweise zeigt sich immer wieder, daß etwa auf sozialem oder kulturpolitischem Gebiet evangelische und katholische Christen - trotz verschiedener Ausgangspunkte und noch unterschiedlicherer Begründungen - im Endergebnis zu übereinstimmenden Schlußfolgerungen und zu den gleichen konkreten Forderungen kommen. Dies hat sich z.B. in Erkenntnis und wirksamer Wahrnehmung der Verantwortung der Eltern für ihre Kinder erwiesen.

Eine weitaus schwierigere Belastung der politischen Zusammenarbeit bewußter Christen beider Konfessionen scheint sich aus der in beiden Kirchen festzustellenden gesteigerten Aktivität zu ergeben. Mag man das auch innerhalb der eigenen Kirche und erst recht gegenüber der anderen Kirche verschieden deuten und werten, so ist doch nicht zu übersehen, daß im Umbruch der Zeiten und im Ansturm säkularer und antichristlicher Mächte die Christen in dieser oder jener Weise in Bewegung geraten sind und sich um eine tiefere Erkenntnis ihrer Botschaft und um eine neue Gestaltung ihres Glaubensgehorsams mühen. Daß sie dabei zu sehr unterschiedlichen und einander widerstreitenden Lösungen kommen, von denen sich jeweils die andere Konfession befremdet fühlt, kann nur den wundern, der sich ein konfessionsloses Christentum erträumt. Mit einem saft- und kraftlosen Minimalchristentum ist niemandem gedient - und der eigenen Kirche am wenigsten, wenn sich die andere Seite aus der Öffentlichkeit in den Kirchenraum zurückzieht und dort leisetritt. Der Friede wird am besten von denen gewahrt, die einander ernstnehmen, und die - trotz tiefer Trauer darum, daß es im Ringen um die e i n e Wahrheit nicht zu einer einhelligen Bezeugung dieser Wahrheit kommt - den anderen zutrauen, daß diese die Wahrheit ebenso redlich suchen, wie sie selbst sie zu besitzen im Glauben gewiß sind. Aus solcher Anfechtung kann als schöne Frucht die paradoxe Erfahrung wachsen, daß sich Evangelische und Katholiken im tiefsten Grunde um so mehr achten und verstehen, je bewußter sie evangelisch bzw. katholisch sind. Außerdem sollte man sich ehrlich darum bemühen, die andere Form, zu glauben und zu leben, in ihrer Wirklichkeit kennenzulernen. Es könnte sich ergeben, daß vieles ganz anders ist, als man es sich beiderseits herkömmlich vorstellt, und daß man ohne romantische Una-Sancta - I l l u s i o n e n (die etwas wesentlich anderes sind als der im gemeinsamen christlichen Glaubensbekenntnis bezeugte G l a u b e an eine Heilige Allgemeine Christliche Kirche!) erkennt, daß man in noch etwas mehr als in der Heiligen Taufe, dem Credo und dem Vaterunser einig sein darf: nämlich in dem Bewußtsein der Bindung an den einen Herrn und in der Anerkennung der Botschaft vom Kreuz als dem Heil der Welt.

So brauchte die Entfaltung des spezifisch kirchlichen Wirkens der beiden Konfessionen im öffentlichen Leben keine Not zu bereiten - am wenigsten in der

nach Wesen und Bestimmung auf eine politische Zusammenarbeit der Christen beschränkten CDU/CSU.

Wenn nun aber die unterschiedliche Entfaltung des religiösen Lebens in beiden Kirchen nicht zu Spannungen im politischen Zusammenwirken zu führen braucht und wenn gar in der Praxis dieser politischen Arbeit weitgehende Gemeinsamkeiten der Konfessionen festzustellen sind, so sollte erst recht das, was sozusagen zwischen Quelle und Mündung liegt - d.h. die im Laufe der Kirchen- und Geistesgeschichte verschiedenartig entwickelte Geistigkeit und die für die Konfessionen charakteristischen Ansichten und Verhaltensweisen - nicht störend wirken. Leider liegen jedoch die größten tatsächlichen Schwierigkeiten offensichtlich in der verschiedenen Mentalität des Katholizismus und Protestantismus: Als spezifisch katholisch gilt das ontische Denken, als typisch evangelisch die existentielle Bestimmtheit. Der Katholik wird als Systematiker und Ideologe, der evangelische Denker als Existentialist verschrien. Der katholische Mensch ist sich der Bedeutung der Geschichte bewußt, der reformatorisch denkende Christ dagegen aus Angst vor Tradition und Restauration geneigt, die Geschichte zu vergessen. Der Katholik weiß um die Gültigkeit eines überpositiven Rechts, der evangelische Mensch meint, sich gegen den Gesamtkomplex der Fragen um ein "Naturrecht" sträuben zu müssen. Es entsteht der Eindruck, als ob allein der katholische Christ die Institution schätze, während der evangelische Christ einem antiinstitutionellen Denken verhaftet sei. In der Öffentlichkeit gilt die Verantwortung für das "christliche Abendland" als ein wesentlich katholisches Anliegen, während das Bekenntnis zur "Ökumene" als charakteristisch für den evangelischen Bereich angesehen wird. Dem Katholiken wird Machtstreben, dem Evangelischen skrupulöses Problematisieren unterstellt.

Aus diesen Mentalitätsgegensätzen scheinen sich - wie gesagt - die größten Schwierigkeiten für die geistige Zusammenarbeit der politisch verbündeten Christen zu ergeben. Zugleich aber liegen hier die größten Möglichkeiten für ein klärendes Gespräch. - Keiner dieser Unterschiede im Denken ist ganz zufällig, keiner jedoch zwingend mit einer bestimmten Konfession verbunden. Über diese Dinge sollte man mutig offen miteinander reden. Es könnte ein wahrhaft fruchtbares Gespräch werden!

UNS WIRD GESCHRIEBEN

"Das katholisch-evangelische Verhältnis"

In der Tat, dieser Beitrag von Karl-Heinz Schmidthüs in Nr. 8/9, 1954, der "Evangelischen Verantwortung" ist recht bemerkenswert.

Das evangelisch-katholische Bündnis in der CDU/CSU kann nur ein p o l i t i s c h e s sein, gewachsen aus den, beiden Konfessionen gemeinsam, bitteren

Erfahrungen im "Dritten Reich" und der gemeinsamen politischen Verpflichtung für die Zukunft.

Aber dieses politische Bündnis ist nur möglich, weil auch eine gemeinsame religiöse Grundlage vorhanden ist. Diese besteht im gemeinsamen christlichen Glauben an Gott und darum in einer religiös fundierten Lebensauffassung, die eine Gott verantwortliche Ethik einschließt und auf echtes Menschentum auch in der staatlichen Gemeinschaft abzielt. Sie besteht jedoch **n i c h t** im Dogmatischen.

Konfessionelle Spannungen wird es immer geben, aber sie brauchen das politische Bündnis nicht zu sprengen. - Auch die ökumenischen Bestrebungen, recht verstanden, tun das nicht. Sie haben keine Aussicht auf Erfüllung im Dogmatischen; nicht einmal innerhalb der evangelischen Kirchen, und erst recht nicht in bezug auf das evangelisch-katholische Verhältnis. Völlig einheitliche Dogmatik hat es - wie das Neue Testament ausweist - auch in der Urgemeinde nicht gegeben.

Die Einheit der christlichen Kirche kann nur in Christus gesucht werden und im Vertrauen darauf, daß **G o t t** die geschichtlich gewordenen konfessionellen Gräben - die törichterweise von uns Menschen oft so unnötig verbreitert und vertieft werden - in Seiner allumfassenden Güte überbrücken wird. Er fragt nicht nach katholischer oder evangelischer Dogmatik, sondern sieht das **H e r z** an und sammelt seine echten Kinder in allen Konfessionen und Gruppen. So wird die Una Sancta nicht von **u n s** geschaffen. Sie ist **d a**, ob wir dessen freudig innewerden, oder ob wir es nicht sehen und darob weitertrauern.

Wer die Dinge so betrachtet, wird sich weder über Konversionen aufregen noch über das Marianische Jahr mit allen unevangelischen Begleiterscheinungen.

Selbstverständlich will die CDU/CSU Deutschland nicht "rekatholisieren". Sie kann es auch gar nicht, weil sie damit ja ihr eigenes Wesen als **p o l i t i - s c h e s** Bündnis in Frage stellen würde. Aber ebenso selbstverständlich hat die katholische **K i r c h e** das Recht, eine Rekatholisierung zu **v e r s u - c h e n**. Es liegt an **u n s**, welchen Erfolg oder Mißerfolg sie dabei haben wird. Und auch das ist in erster Linie keine dogmatische Frage. Jeder Christ mit evangelischer Glaubens - **H a l t u n g** ist immun gegen das katholische Kirchenwesen. Wer solche Glaubenshaltung nicht hat und das katholische Kirchenwesen für seinen inneren Frieden **b r a u c h t**, der möge den entsprechenden Schritt vollziehen, ohne daß wir in Gedanken das Band der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Una Sancta zerreißen.

Und wenn nun das deutsche Volk in besonderem Sinne der Gottesmutter geweiht wurde, so geht auch das nur die Katholiken an und berührt uns in keiner Weise. Es ist schon schief, diese Weihe als ein "Über-uns-Verfügen" anzusehen. Sie ist höchstens ein **V e r s u c h** dazu, der an uns - sofern wir wirklich evangelisch denken - wirkungslos abprallt. Wenn die Katholiken zur Maria beten wollen und dabei auch an unsere Rekatholisierung denken, so können wir das nicht hindern. Aber wer von uns glaubt im Ernst, daß solches Gebet unserer Kirche schaden könnte?

Andererseits: wenn wir den Lutherfilm laufen lassen, so wollen wir uns freuen an der Luther - **A r t**, die uns in unserer Glaubenshaltung bestärkt. Wer wollte uns das verwehren? Darin liegt gewiß keine Herausforderung der "anderen Seite".

In allen politischen Fragen, die nichts mit konfessionellen Auffassungen zu tun haben, sollte es in der CDU/CSU nur solche Spannungen geben, wie sie in anderen Parteien auch auftreten. Sie sind rein sachlich zu entscheiden. Doch es gibt ja auch politische Entscheidungen **m i t** konfessionellen Auswirkungen (z.B. in Personalfragen, Schulfragen, Ehefragen). Dann ist zu hoffen und zu erstreben, daß das Bewußtsein der gemeinsamen religiösen Grundlage jede konfessionelle Kampfstellung innerhalb der CDU/CSU überwindet.

D o g m a t i s c h e Toleranz ist unmöglich, weil die katholische Kirche den Anspruch erhebt, allein im Besitze der Wahrheit zu sein. Über diesen Anspruch

kann sich höchstens der einzelne Katholik hinwegsetzen und damit zu persönlicher Toleranz bereit sein (wie etwa seinerzeit Peter Rosegger). Aber er muß dann des Einspruchs der offiziellen Kirche gewärtig sein. Wie gesagt: **a l l - g e m e i n e** dogmatische Toleranz ist unmöglich; **p o l i t i s c h e** Toleranz dagegen sollte jederzeit möglich sein in dem Sinne, daß jede Konfession in der CDU/CSU der anderen das Recht einräumt, bei ihren politischen Entscheidungen auch die jeweilige konfessionelle Auffassung mitsprechen zu lassen, und ihr zutraut, daß sie dies aus Gewissensgründen und nicht um des Streitens willen tut.

Kirchenrat Otto Lohmann, Dörzbach/Württ.

Gemeinsame Aufgaben für evangelische und katholische Christen

Erlauben Sie mir als katholischem Leser der "Evangelischen Verantwortung" ein Wort zu den in der Oktober-Ausgabe wiedergegebenen Ausführungen von D.Dr. Hermann Ehlers, dessen unerwartetes Ableben für uns alle, ohne Rücksicht auf unsere Konfession, einen unersetzlichen Verlust bedeutet.

In der Diskussion um die Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit der beiden christlichen Konfessionen im öffentlichen Leben, insbesondere im politischen Bereich, wird m.E. immer wieder der gleiche grundsätzliche Fehler gemacht, daß man nicht zunächst die gemeinsame Basis mit allem Nachdruck unterstreicht, sondern sich auf "Grenzen" dogmatischer oder fundamentaltheologischer Art beruft, deren strikte Wahrung erst eine Zusammenarbeit möglich mache.

Es ist richtig, daß jede der beiden Konfessionen auf den ihr eigentümlichen Glaubenssätzen beharren muß. Darf das aber dazu führen, daß wir darüber den Blick für das Wesen des Christentums und seiner Aufgabe in der Welt verlieren? Wir befinden uns heute in einer politischen Situation, die seit dem Erstarken des Christentums zu einer Weltreligion nicht ihresgleichen hat: Krasser atheistischer Materialismus auf der einen und übertriebener Liberalismus auf der anderen Seite drohen, die christlichen Kräfte mit ihren Polypenarmen zu erdrücken. Angesichts dieser Tatsache scheint es geboten, daß sich die Christen beider Bekenntnisse über alle rein theologischen Unterschiede hinweg auf das Fundamentale ihres Glaubens besinnen. Dies gilt um so mehr für die Führungskräfte in unserem Volke, von deren Entscheidung unser Schicksal weitgehend abhängig ist. Nur, wenn die Vertreter beider Konfessionen sich die Aufgabe klar vor Augen führen, die sie als Christen für die Welt übernommen haben, wird das öffentliche Leben - auch die "große Politik" - von einem Geiste erfüllt sein, der den Geboten des Christentums entspricht. Und aus dieser Sicht wird sich das Verbindende als wesentlich stärker erweisen als das Trennende.

Die von vielen Christen an den Tag gelegte Selbstsicherheit, die von Dr. Ehlers mit Recht als ein negatives Symptom unserer Tage gekennzeichnet wurde, ist eine der gefährlichsten Tendenzen, die sich heute im christlichen Raum breitmachen. Die große Masse der christlichen Bevölkerung weiß nicht mehr um die Pflichten, die ihr im öffentlichen Leben obliegen: nämlich den Geist des Christentums in alle Bereiche unserer Lebenswirklichkeit hineinzutragen und jede persönliche Haltung mit christlichen Maßstäben zu messen. Wir, Katholiken und Evangelische, die wir um unsere Verantwortung wissen, müssen jeden einzelnen von diesem unserem ernststen Anliegen zu überzeugen versuchen, damit das christliche Lager eine geistige Auffrischung erfährt und in der Lage ist, sich gegen alle nivellierenden Tendenzen durchzusetzen. - Daran sollten wir denken, wenn wir von den "Aufgaben und Grenzen der Zusammenarbeit der Konfessionen in der Politik" sprechen.

cand.phil. Eduard Ackermann, Bonn

=====

ZUR BEACHTUNG: Mit der vorliegenden Nummer 11 erhalten unsere Leser die "Evangelische Verantwortung" in diesem Jahre zum letztenmal. Die nächste Ausgabe erscheint im Januar 1955.

Verlag und Redaktion